

## Eine Schule mit Perspektiven für die Zukunft unserer Kinder

Jahr für Jahr hinterlässt unser Schulsystem zu viele Bildungsverlierer. Deshalb brauchen wir eine öffentliche Diskussion über eine Schule mit Perspektiven für die Zukunft unserer Kinder. Offen und fair, nicht an Partei- und Verbandsinteressen orientiert, wollen wir diskutieren, wie Schülerinnen und Schüler optimal gefördert, Bildungsbarrieren abgebaut und Schulen zu modernen Lernorten weiterentwickelt werden können. Dabei muss auch die Frage der Schulstruktur pragmatisch und vorurteilsfrei geprüft werden. Wenn das gegliederte Schulsystem nach dem Urteil der meisten Bildungsexperten zu sozialen Ungerechtigkeiten führt und den Anforderungen einer modernen Wissensgesellschaft nicht gerecht wird, dann muss es verändert werden. Wir brauchen mutige Reformen statt endloser Korrekturen am falschen System.

1. Wir wollen eine pädagogisch kreative Schule, die alle Kinder und Jugendlichen nach ihren individuellen Möglichkeiten optimal fördert und ihnen vielfältige Unterstützung bietet.
2. Wir wollen eine bildungsgerechte Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Elternhaus, sozialer oder kultureller Herkunft, die gleichen Chancen haben.
3. Wir wollen eine anspruchsvolle Schule, die alle Kinder und Jugendlichen motiviert, gute Leistungen zu erzielen.
4. Wir wollen eine wertorientierte Schule, die ihren Erziehungsauftrag wahrnimmt und Orientierung durch Werte bietet, die in ihr gelebt und vermittelt werden.
5. Wir wollen eine demokratische Schule, in der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte gemeinsam das Lernen gestalten und Verantwortung für das demokratische Zusammenleben in der Schule übernehmen.
6. Wir wollen eine integrative Schule, die Gemeinschaft stiftet und kein Kind ausgrenzt.
7. Wir wollen eine zukunftsweisende Schule, in der alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen können.
8. Wir wollen eine angebotsreiche Ganztagschule, die allen Schülerinnen und Schülern offen steht.
9. Wir wollen eine erfolgsorientierte Schule für alle Schülerinnen und Schüler, eine Schule ohne Sitzenbleiben, Abstufungen oder Abschlungen.
10. Wir wollen eine lebendige Schule, in die Kinder und Jugendliche gern gehen, weil das Leben und Lernen in der Schule Freude macht.

Eine Schule mit Perspektiven in diesem Sinne ist für uns ein lebendiger Lern- und Lebensraum für Kinder und Jugendliche, ein Ort der Förderung, der Entwicklungsmöglichkeiten für Talente und Begabungen und der offenen Türen für die Welt von draußen. Eine Schule mit Perspektiven ist für uns eine Verabredung mit dem Leben.

Hinweis: Diesen landesweiten Aufruf des „Bündnis längergemeinsamlernen“ , haben wir um konkrete Folgerungen für Oberhausen ergänzt.

## „Länger gemeinsam lernen“ in Oberhausen

Die Unterzeichner unterstützen den Aufruf des „Bündnisses länger gemeinsam lernen“ und setzen sich dafür ein, die Forderung „Länger gemeinsam lernen“ durch konkrete Schritte in Oberhausen zu unterstützen. Auch wenn die Handlungsspielräume der Stadt finanziell und rechtlich stark eingeschränkt sind, soll die Stadt eigene Beiträge in diesem Bereich leisten.

Gleichzeitig fordern die Unterzeichner vom Land, die Handlungsspielräume von Oberhausen im Sinne einer Bildungspolitik, die Schülerinnen und Schülern ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, zu erweitern. Zum Beispiel durch:

- eine gerechte Finanzausstattung für Oberhausen, die die Stadt in die Lage versetzt, ein längeres gemeinsames Lernen vor Ort umzusetzen und Bildungsbenachteiligungen abzubauen;
- die Möglichkeit für Oberhausen, unabhängig vom Nachweis von Eigenanteilen an Förderprogrammen im Bildungsbereich teilzunehmen.

Zu konkreten Schritten für Oberhausen gehören:

Der weitere Ausbau von Ganztagsangeboten an Oberhausener Schulen aller Schulformen. Diese Ganztagschulen müssen durch ihre pädagogische Qualität und räumliche Ausstattung sicherstellen, dass ein maßgeblicher Beitrag zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern geleistet werden kann.

Die Stadt Oberhausen ist aufgefordert, bei der Landesregierung eine personelle und sächliche Finanzierung von Ganztagsangeboten einzufordern, die den Erfordernissen von Ganztagsstandards entspricht. Das bedeutet einen Personalzuschlag von mindestens 30% und die Zuweisung von Investitions- und Ausstattungsetats, die dem mit Mitteln des Bundes finanzierten Hauptschulganztagsprogramm (1,5 - 2 Millionen Euro je Ganztags Hauptschule statt 80.000 Euro für ein Ganztagsgymnasium) entsprechen.

Der "Gemeinsame Unterricht" behinderter und nicht behinderter Kinder muss ausgebaut werden. Dabei sind die Personal- und Sachstandards des erfolgreichen Schulversuchs zugrunde zu legen. Land und Kommune werden aufgefordert, einen Stufenplan zu erarbeiten, der den Erfordernissen der Inklusion, also der integrativen Beschulung aller Kinder und Jugendlichen, wie sie in der UN-Konvention niedergelegt ist, entspricht.

Name, Vorname	Adresse / Telefonnummer / E-Mail	Unterschrift

